



Der Vorsitzende des
Jugendparlaments

Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3384
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dr. Jönr Heimlich

Wiesbaden, 03.04.2019

1. Den Mitgliedern des
Jugendparlaments
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Jugendparlaments
am Mittwoch, 10. April 2019, um 18:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Bericht des Vorstands
3. Bericht aus den Projektgruppen
4. Homepage Jugendparlament

5. 19-J-42-0014

Freie Fahrt für engagierte Bürger
- Antrag von Robin Balzereit -

Feinstaub und toxische Gase belasten jeden Einzelnen von uns: Egal ob jugendlich oder nicht. Gerade in Wiesbaden wissen wir um die enorme Luftverschmutzung in Teilen unserer Stadt. So mahnen beispielsweise viele Info-Tafeln im Innenstadtbereich, dass Grenzwerte regelmäßig überschritten werden. Ein Viertel der Erkrankungen und vorzeitigen Todesfälle weltweit werden durch Umweltverschmutzung und -zerstörung verursacht. Zu diesem Ergebnis kommt ein UN-Bericht. Luftverschmutzung ist dabei ein wichtiger Faktor.

Die Landesregierung Hessens hat zwar in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel, „als besondere Anerkennung für ehrenamtliches Engagement [...] ein attraktives Hessenticket zur Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs anzubieten“ (Koalitionsvertrag, Seite 155). Auch wurde im Wahlkampf damit geworben, die bereits existierende Ehrenamtskarte-Hessen um ein Nahverkehrsticket zu erweitern - gehandelt wurde daraufhin allerdings bisher nicht.

Die hessische Ehrenamtskarte ist eine von den Kommunen nach Landesauflagen vergebene Karte, die als Bescheinigung für außerordentliches ehrenamtliches Engagement dient. Sie wird auf Antrag vergeben, wenn der Antragsstellende nachweislich über zwei Jahre hinweg mindestens fünf Stunden in der Woche ehrenamtlich aktiv gewesen ist. Die Auflagen sind also vergleichsweise hoch, dementsprechend ist die finanzielle Last für die Verkehrsbetriebe zumutbar. Doch gerade für ehrenamtlich aktive Jugendliche, die auch aufgrund ihres teils intensiven ehrenamtlichen Engagements wenig Möglichkeiten haben, für reguläre Fahrscheine aufzukommen - schließlich muss man schon ab 14 Jahren den vollen Fahrpreis zahlen - wäre diese Maßnahme eine Wertschätzung ihres ehrenamtlichen Engagements.

Wo die Politik der Größeren zögert, ist Entschlossenheit von uns gefragt. Das Jugendparlament hat die Möglichkeit, mit der Umsetzung dieser Idee in Wiesbaden anzufangen, indem es die städtischen Verkehrsbetriebe auffordert, die hessische Ehrenamtskarte als Fahrausweis zu akzeptieren. Die HUSKJ-Delegation Wiesbadens ist ebenso bemüht, die Einführung eines hessenweiten Ehrenamtstickets zu fordern.

Beschlussvorschlag

Die Vollversammlung möge daher beschließen, dass das Jugendparlament einen Antrag im Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr vorlegt, nach dem die städtischen Verkehrsbetriebe aufgefordert werden sollen, die hessische Ehrenamtskarte als Fahrausweis anzuerkennen.

6. 19-J-42-0015

Debatte über Urban Gardening
- Antrag von Mats Rabenstein und Robin Balzereit -

Durch lokale Nahrungsmittelherstellung und ortsnahen Konsum können Transportwege und somit der Ausstoß von Kohlendioxid verringert werden. Da das Jugendparlament als Stimme der Jugendlichen fungiert, die in großer Zahl für mehr Umweltschutz und Nachhaltigkeit demonstrieren, sollte aus unserer Perspektive das Jugendparlament die Initiative ergreifen und Urban Gardening unterstützen.

Beschlussvorschlag

Die Vollversammlung möge daher beschließen, dass das Jugendparlament eine Stellungnahme zu Urban Gardening verfasst und - sofern sich Freiwillige finden lassen - eine Projektgruppe gründet.

7. Information zum HOP-Jugendkongress 2019
- mündliche Information von Robin Balzereit -

8. 19-J-42-0016

Rauchverbot an Spielplätzen
- Antrag von Noah Said -

Das bestehende Rauchverbot wird auf öffentlichen Spielplätzen nicht wie gewohnt eingehalten. Das bestehende Rauchverbot soll daher verstärkt kontrolliert werden. Dadurch sollen die Anlagen von Zigarettenstummel verschont werden und Passivrauchen verhindert werden.

Der Antrag soll in der nächsten Stadtverordnetenversammlung diskutiert und eingereicht werden.

9. 19-J-42-0017

RMV-Ticket (ESWE Ticket) mit dem Fahrradverleihservice der ESWE verknüpfen
- Antrag von Noah Said -

Durch den Erwerb einer Bus- oder Bahnfahrkarte soll es möglich gemacht werden, dass der Fahrverleih im Tarif inklusive ist und kein extra Ticket für den Fahrradverleih erwerben muss.

10. 19-J-42-0018

Die HUSKJ stärken - Kontinuität wahren, politische Rechte sichern
- Antrag des Vorstands -

Das Jugendparlament möge folgenden Antrag beschließen:

Das Jugendparlament Wiesbaden erkennt die bisherige Arbeit der „Hessischen Union zur Stärkung von Kinder- und Jugendinteressen“ (HUSKJ) als großen Erfolg an. Jetzt gilt es jedoch, konkrete Forderungen und Projekte umzusetzen. Dafür wird als wesentliche Voraussetzung eine

Einbettung in den politischen Prozess auf Landesebene

gesehen. Die HUSKJ genießt dabei und für die weitere Etablierung die volle Unterstützung des Jugendparlaments Wiesbaden. Sollte der Bedarf nach finanziellen Mitteln, die die Umsetzung ermöglichen, bestehen, können natürlich zweckgebundene Anträge gestellt werden, die bei Verhältnismäßigkeit Unterstützung erfahren werden. Außerdem soll die HUSKJ-Delegation das Jugendparlament bei jeder Vollversammlung über den Fortschritt bei diesem Projekt unterrichten.

Begründung: Der HUSKJ bietet das Potential, auf Grundlage des bisher erreichten ihre Möglichkeiten voll auszuschöpfen und so eine dauerhafte Rolle im politischen Prozess auf Landesebene zu spielen. Insbesondere berufend auf die Zusagen der Landtagsabgeordneten aus Wiesbaden bei der Podiumsdiskussion des Jugendparlaments im letzten Jahr ist der jetzige Zeitpunkt dafür ideal geeignet.

11. 19-J-42-0019

Fridays-for-future - Klimaschutz
- Antrag Moritz Wimmer -

Das Jugendparlament möge beschließen:

Das Jugendparlament Wiesbaden fordert im Namen der Fridays-for-future-Bewegung den Magistrat auf zu berichten:

1. Welche Anteile des Maßnahmenkatalogs zum integrierten Klimaschutzkonzeptes der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 30. April 2015 sind bereits umgesetzt, befinden sich in der Umsetzung bzw. sind in den nächsten 18 Monaten geplant? Welche Anteile werden voraussichtlich in den nächsten 18 Monaten nicht umgesetzt?
2. Werden die formulierten Ziele einer Einsparung des Gesamtenergieverbrauches um 20 % bezogen auf das Jahr 1990 sowie einer Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 % erreicht werden?
3. Welche CO₂-Einsparungspotentiale weist der Klimaschutzplan auf und wie stark wurden diese bereits ausgeschöpft?

12. Verschiedenes

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt das Jugendparlament nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Gottwald
Vorsitzender